

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kotte

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter FB 10 - Peter Gniech

Fachbereichsleiter FB 13 - Arnold Preuß

Amtsleiter FB 14 - Udo Weiß

Werkleiter SDW Hubert Rüttgers

Fachbereichsleiter FB 20 - Jörg Valnion

Stellv. Fachbereichsleiter FB 20 - Stefan Kück

Sachbearbeiterin FB 20 - Claudia Lührs

Fachbereichsleiterin FB 30 - Marion Fiedelak

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 24

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 4. Aktuelle Stunde
- 5.1 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "RNK Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages
- 5.2 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Nutzung städtischer Dachflächen für Solarstromanlagen
- 5.3 Antrag von Rats Herrn Janssen zum Thema "Rauchverbot"
- 5.4 Antrag von Rats Herrn Janssen auf Prüfung der Verbindung von Agnes Miegel zum Nationalsozialismus
- 6.1.1 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Barghauser See"
- 6.1.2 Verordnung über die Deichverteidigung für das Stadtgebiet von Wilhelmshaven (Deichverteidigungsordnung DVO)
- 6.2.1 Einbringung von unbebauten Grundstücken in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes GGS
- 6.3.1 Jahresabschluss 2006 "Straße und Grün in Wilhelmshaven"
- Entlastung der Werksleitung -
- 6.3.2 Einbringung von Grundstücken / Gebäuden in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes SGW
- 6.4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2004 - 2006
- 6.4.2 Über- und außerplanmäßige Nachbewilligungen
- 6.4.3 Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen
- 6.4.4 Entsendung von Ratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH
- 6.4.5 Überplanmäßige Nachbewilligung
- 7.1.1 Antrag B. Rahlf (Vertreter des Städtelternrates im Schulausschuss) auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Schul- und Lernmaterial für Grundschüler
- 7.1.2 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Hauptschule Bremer Straße
- 7.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung einer Produktionsschule an den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße
- 7.2.1 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe
- 7.3.1 Wirtschaftsplan 2008 der SDW
- 7.4.1 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß u. räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven i.d. Fassung vom 11.12.2002
- 7.4.2 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungssatzung) vom 16.10.1985 i.d. Fassung vom 13.12.2006
- 7.4.3 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005
- 7.4.4 Neufassung der Friedhofssatzung
- 7.4.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
- 7.4.6 Wirtschaftsplan 2008 SGW
- 7.5.1 Überleitung des Hausmeister - und Reinigungsdienstes in den Eigenbetrieb GGS
- 7.5.2 Weiterführung des Modells Public Private Partnership (PPP)
- 7.5.3 Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes GGS
- 7.6.1 Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
- 7.6.2 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH
- 7.6.3 Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH
- 7.6.4 Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
- 7.6.5 Haushaltssatzung 2008 (inkl. Stellenplan 2008)
- 8.1 Kleine Anfrage von Rats Herrn Janssen zur Vermittlung von älteren Arbeitslosen und "1€-Jobbern"
- 9 Bekanntgabe von Nachbewilligungen nach § 89 NGO durch den Oberbürgermeister

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Andenken an das am 02.11.2007 verstorbene ehemalige Ratsmitglied Hans-Joachim Bethmann rief Herr Schmidt anschließend zu einer Schweigeminute auf.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass der gemeinsame Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Tagesordnungspunkt 5.1 erneut zurückgezogen werde.

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.10.2007

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates vom 17.10.2007 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Nachdem Herr Janssen seinen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde aus Anlass des Hungertodes eines 5-jährigen Mädchens in Schwerin vorgetragen hatte, nahm Herr Stoffers dazu Stellung:

Derartige Fälle würden auch im Bereich der Stadt Wilhelmshaven sehr ernst genommen und gäben Anlass, das eigene Handeln kritisch zu betrachten. Da die Aktuelle Stunde nach den Vorschriften der Geschäftsordnung jedoch nicht dem Auskunftsrecht des Rates diene, könne das Thema auch nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes sein. Die Verwaltung schlage daher vor, den Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufzunehmen und dort die Thematik ausführlich zu diskutieren.

Herr Janssen zeigte sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

5.1 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "RNK Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Antragsteller zurückgezogen.

5.2 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Nutzung städtischer Dachflächen für Solarstromanlagen

Herr Biehl trug den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt vor und begründete diesen anschließend:

Um den Anteil des regional erzeugten Solarstroms weiter zu erhöhen und damit auch ein Zeichen für die Bürger und die wirtschaftlichen Akteure der Stadt und Region zu setzen, sollen die in Betracht kommenden städtischen Dachflächen durch verstärkte Anstrengungen und geeignete Maßnahmen einer Nutzung zur solaren Stromerzeugung zugeführt werden.

Nachdem die Herren Neumann, Dr. von Teichman und Tjaden ihre Zustimmung signalisiert hatten, wies Herr Hoff darauf hin, dass die Bestückung der städtischen Dachflächen mit Solaranlagen nur erfolgen könne, wenn es sich um rentable Maßnahmen handle. Aus diesem Grunde bitte er, den Antrag entsprechend abzuändern.

Daraufhin wurde zwischen Herrn Tjaden, Herrn Biehl, Herrn Prof. Reuter, Oberbürgermeister Menzel, Herrn Janssen, Herr Dr. von Teichman und Herrn Neumann über die Rentabilität von Solarstromanlagen diskutiert. Um eine möglichst ergebnisoffene Prüfung durchführen zu können, wurde der Vorschlag von Herrn Hoff nicht in den Antrag aufgenommen.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag **einstimmig angenommen**.

5.3 Antrag von Ratsherrn Janssen zum Thema "Rauchverbot"

Herr Janssen trug folgenden Antrag mit kurzer Begründung vor:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt setzt sich in Hannover dafür ein, dass sich so genannte Einraumgaststätten zu entweder einer Raucher- oder einer Nichtraucher-gaststätte erklären können. Zudem fordert der Rat die Verwaltung (hier Ordnungsamt) auf, bei der Durchsetzung des Rauchverbotes in Gaststätten mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß vorzugehen.“

Herr Dr. Graul wies darauf hin, dass die Verwaltung es nicht als ihre Aufgabe ansehe, Gesetze der Landesregierung in ihrer Handhabung zu ändern. Dennoch stehe die Verwaltung für die Gastronomie immer auch zur Hilfestellung zur Verfügung.

Herr Adam erklärte, auch wenn er das neue Gesetz als zu weitgehend empfinde, könne der Rat aktuell an dieser Situation nichts ändern. Er empfehle daher, das Anliegen im Niedersächsischen Landtag als Petition einzubringen.

Nachdem Herr Langen die Ablehnung des Antrages durch die Kooperation aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen begründet hatte, nahmen Frau Aljets, Herr Harms, Herr Biehl sowie Frau Gastmann ebenfalls kurz Stellung zu diesem Thema.

Der Antrag wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt.

5.4 Antrag von Ratsherrn Janssen auf Prüfung der Verbindung von Agnes Miegel zum Nationalsozialismus

Herr Janssen brachte einen weiteren Antrag ein:

„Der Rat möge beschließen:

Der Verwaltung wird aufgetragen zu prüfen, in welcher Weise Agnes Miegel mit dem Nationalsozialismus paktiert hat.

Begründung: In einigen Städten, in denen es Schulen mit diesem Namen gibt, gibt es Bestrebungen diese umzubenennen, weil Agnes Miegel eine Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen wird.“

Herr Dr. Graul legte in einer ausführlichen Stellungnahme die Gründe dar, dem Antrag nicht zuzustimmen.

An der folgenden lebhaften Diskussion hinsichtlich der Stellung Agnes Miegels im Nationalsozialismus beteiligten sich Frau Aljets, Herr Biehl, Herr Langen, Herr Dr. von Teichman sowie Herr Janssen.

Der Antrag wurde bei 1 Ja-Stimme (LAW) und 1 Enthaltung (Herr Tholen) **mehrheitlich abgelehnt**.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat (OHNE Haushalt 2008)

6.1 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

6.1.1 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Barghauser See"

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 07.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Barghauser See“.

6.1.2 Verordnung über die Deichverteidigung für das Stadtgebiet von Wilhelmshaven (Deichverteidigungsordnung DVO)

Herr Tjaden trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 07.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt auf der Grundlage des § 27 Abs. 2 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) die Verordnung über die Deichverteidigung für das Stadtgebiet von Wilhelmshaven (Deichverteidigungsordnung – DVO).

6.2 Werksausschuss Grundstücke und Gebäude

6.2.1 Einbringung von unbebauten Grundstücken in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes GGS

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 16.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Mit Ausnahme der Infrastruktur-Grundstücke (Straßen, öffentl. Grünflächen u.a.) und der in Bebauungsplänen ausgewiesenen Vorrats-, Rohbau- und Bauflächen für Wohnbau- und Gewerbebezwecke, werden alle unbebauten städtischen Grundstücke – Übersicht siehe Anlage- im vorläufigen Gesamtwert von 35.268.420 € rückwirkend zum 01.01.2007 an den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ übertragen.

Die Übertragung auf den Eigenbetrieb erfolgt in Form einer verzinslichen 40%-Einlage der Stadt in den Eigenbetrieb GGS und zu 60% in Form einer verzinslichen Ausleihung. Der Zinssatz beträgt jeweils 1%. Die Ausleihung ist mit 2 % zu tilgen.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen fließen dem Eigenbetrieb GGS zu, die dieser auch zur zinsbefreienden Sondertilgung verwenden darf.

6.3 Werksausschuss Straße und Grün

6.3.1 Jahresabschluss 2006 "Straße und Grün in Wilhelmshaven" - Entlastung der Werksleitung -

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2006 von SGW zum 31.12.2006 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera AG mit einem Jahresverlust in Höhe von 80.418,60 € festgestellt.

Der Jahresverlust wird in voller Höhe als Verlustvortrag auf das Jahr 2007 übertragen.

Gem. § 30 der Eigenbetriebsverordnung wird der Werksleitung Entlastung erteilt.

6.3.2 Einbringung von Grundstücken / Gebäuden in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes SGW

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Einbringung folgender Grundstücke bzw. Gebäude in das Betriebsvermögen SGW zu einem Wert von ca. 32.000,--€ zu:

- | | |
|-----------------------------------|------------------|
| 1. Kapelle | Friedhofsweg 9 |
| 2. Leichenhalle | Friedhofsweg 9 |
| 3. Glasgalerie | Kieler Straße |
| 4. Kapelle | Ehrenfriedhof 25 |
| 5. alte Kapelle mit Nebengebäuden | Friedenstraße |

In Höhe des Einlagewertes wird die allgemeine Rücklage des Eigenbetriebes erhöht.

6.4 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

6.4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2004 - 2006

Herr Rech trug in Vertretung für Frau Glaser den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Herr Dr. von Teichman begrüßte zunächst die zeitnahe Vorlage des aktuellen Beteiligungsberichtes. Der Bericht zeige, dass die Zahl der Gesellschaften nach wie vor sehr hoch sei und diese darüber hinaus häufig Defizite erwirtschafteten. In diesem Zusammenhang wolle er an die bereits mehrfach vom Rat geforderte Überprüfung und Kürzung der Zahl der Gesellschaften erinnern.

Herr Adam merkte an, die Beteiligungen sollten hinsichtlich dreier Gesichtspunkte überprüft werden: Zum einen sollten die Gesellschaften auf die

wirklichen Schwerpunkte konzentriert werden, zum anderen halte er eine Überprüfung der defizitären Betriebe auf deren Notwendigkeit und Strukturen ebenfalls für erforderlich. Weiter sollte auch die Einrichtung neuer Gesellschaftsformen in die Überlegungen mit einbezogen werden. Auf Grundlage der so gewonnenen Ergebnisse könne dann die Bedeutung der Beteiligungen neu diskutiert werden.

Herr Prof. Reuter erinnerte an die Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht, die eine weitere Konsolidierung auch im Bereich der Gesellschaften gefordert habe. Vor diesem Hintergrund fordere er die Verwaltung auf, die städtischen Beteiligungen entsprechend zu überarbeiten.

In Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Radmer erklärte Herr Hoff, ein Entwurf des Berichtes über die Prüfung der Gesellschaften liege bereits vor und werde nach einer letzten Überarbeitung und Vorbereitung durch den Verwaltungsvorstand dem Rat zur Verfügung gestellt.

Die Frage von Herrn Radmer nach der weiteren Vorgehensweise beantwortete Herr Hoff dahingehend, dass derzeit noch keine Endfassung dieses Berichtes vorliege. Ein fester Zeitpunkt für dessen Vorlage an den Rat könne daher auch nicht genannt werden, erfolge jedoch selbstverständlich umgehend nach dem bereits genannten Vorlauf.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht der Stadt Wilhelmshaven, mit den Jahresabschlüssen 2004 – 2006, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

6.4.2 Über- und außerplanmäßige Nachbewilligungen

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der vorgelegten Nachbewilligung zu.

Buchungsstelle	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag	€
54.11.06/787211	Erschließungs- straße DFTG	VE 800.000	Minder- Verpflichtungs- ermächtigung Infrastruktur Südstadt „Ausbau am Handelshafen“	VE 800.000

6.4.3 Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Kommunale Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen.

6.4.4 Entsendung von Ratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Herr Schmidt erklärte, nach dem Verfahren Hare/Niemeyer erhalten die SPD- und die CDU-Fraktion jeweils zwei und die FDP-Fraktion einen der sechs zu vergebenden Sitze. Der sechste Sitz müsse aufgrund gleicher Zahlenbruchteile zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BASU/Tholen gelöst werden.

Das Los wurde gem. § 51 Abs. 2 Satz 4 NGO durch Herrn Oberbürgermeister Menzel gezogen. Der 6. Ausschuss-Sitz entfiel auf die Gruppe BASU/Tholen.

Für den Aufsichtsrat wurden danach benannt:

SPD-Fraktion

Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsherr Hans Gabriels

CDU-Fraktion

Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

FDP-Fraktion

Ratsherr Hartmuth Sager

Gruppe BASU/Tholen

Ratsherr Joachim Tjaden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet die folgenden 6 Ratsmitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH:

SPD-Fraktion

1. Neumann, Siegfried
2. Gabriels, Hans

CDU-Fraktion

1. Reuter, Günter
2. Weerda, Heinz

FDP-Fraktion

1. Sager, Hartmut

Gruppe BASU/Tholen

1. Tjaden, Joachim.

Die Entsendung erfolgt vorbehaltlich der Eintragung der beschlossenen Satzungsänderungen in das Handelsregister.

6.4.5 Überplanmäßige Nachbewilligung

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der vorgelegten Nachbewilligung zu.

Buchungsstelle	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag	€
36.33.80 / 433211	Hilfen zur Erziehung	250.000	Mehrerträge bei 31.17.10 / 348101 – Erstattungen vom Land (Quotales System)	250.000

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat (zum Haushalt 2008)

Vor Einstieg in die Beratungen der Fachausschüsse zum Haushalt 2008 wurden die Haushaltsreden in der Reihenfolge

1. Oberbürgermeister Menzel
2. Stadtkämmerer Hoff
3. Fraktionsvorsitzender Neumann (SPD)
4. Fraktionsvorsitzender Prof. Reuter (CDU)
5. Fraktionsvorsitzender Dr. von Teichman (FDP)
6. 2. Bürgermeister Biehl (Bündnis 90/Die Grünen)
7. Fraktionsvorsitzender Tjaden (BASU)

vorgetragen.

Die Haushaltsreden sind als Anlage 1-6 dem Protokoll beigelegt. Die Rede von Herrn Dr. von Teichman lag nicht in Textform vor und ist daher nicht als Anlage vorhanden.

7.1 Schulausschuss

7.1.1 Antrag B. Rahlf (Vertreter des Stadtelterrates im Schulausschuss) auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Schul- und Lernmaterial für Grundschüler

Herr Möhle trug den Antrag des Stadtelterrates vor:

„Der Schulausschuss der Stadt Wilhelmshaven fordert den Rat der Stadt auf, für den Haushalt 2008 und 2009 Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen für die Unterstützung von Grundschülern und Schülern der Förderschule Klassenstufe 1-4 für die Bereitstellung von „Schul- und Lernmaterial“ im Wert von bis zu 60 Euro pro Schuljahr. Voraussetzung für eine Förderung ist der Leistungsempfang der Erziehung- bzw. Unterhaltsberechtigten des Kindes nach dem Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung (SGB XII), Asylbewerberleistungsgesetz sowie besondere Bedürftigkeit.“

In einer anschließenden Stellungnahme signalisierte er die Unterstützung der Kooperation aus CDU, FDP und Grünen. Auch wenn es sich bei der Frühförderung nicht um eine Pflichtaufgabe der Kommunen handle, so halte die CDU-Fraktion es für eine moralische Verpflichtung, allen Kindern eine Förderung zu ermöglichen. Im folgenden ging Herr Möhle weiter auf die mögliche praktische Umsetzung ein.

Frau Will erklärte, auch die SPD-Fraktion werde dieses Ansinnen unterstützen.

Dennoch **beantrage die SPD-Fraktion den Antrag dahingehend zu erweitern**, dass der *Personenkreis alle Kinder der allgemein bildenden Schulen in den Klassen 1-10 umfasst und dass der Haushaltsansatz entsprechend um 10.000 € auf 50.000 € erhöht wird.*

Als Begründung führte Frau Will an, dass das Problem nicht nur den ursprünglich beantragten Personenkreis umfasse, sondern auch in den weiterführenden Klassenstufen auftrete.

Herr Möhle hielt dem entgegen, mit dem Antrag des Stadtelterrates solle zunächst ein Einstieg geschaffen werden und seines Erachtens solle es vorerst einmal bei diesem belassen werden. Die CDU-Fraktion werde den Änderungsantrag daher nicht befürworten.

Herr Dr. von Teichman verließ seiner Skepsis gegenüber beiden Anträgen Ausdruck.

Da die angesprochene Thematik keine kommunale Angelegenheit, sondern von Bundes- und Ländersache sei, werde seine Fraktion

dem Vorhaben nicht zustimmen. Auch die Haushaltslage erlaube es noch nicht, derartige Mehrausgaben zu tätigen. Einen auf die Grundschüler beschränkten Einstieg mit anschließendem Controlling könne er akzeptieren, nicht jedoch die durch die SPD-Fraktion beantragte Ausweitung.

Herr Tjaden befürwortete beide Anträge. Zum einen handle es sich nicht um eine übermäßig hohe Summe, zum anderen könne das Projekt jederzeit zurückgenommen werden.

Herr Dr. von Teichman warnte, dass den betroffenen Familien bei einer zu hohen Fördersumme die Beträge auf ihre Leistungen angerechnet werden könnten und damit das Gegenteil des Gewünschten erreicht würde. Er bitte die Entscheidung dahingehend genau zu überdenken.

Herr Neumann verwies auf die Haushaltsreden, in denen die Fraktionsvorsitzenden einmütig die Wichtigkeit des sozialen Aspektes und der Bildung herausgestellt hatten. Vor diesem Hintergrund könne er eine Ablehnung des geänderten Antrages nicht nachvollziehen.

Herr Prof. Reuter erklärte, mit dem eigentlichen Antrag werde auch eine Bestandaufnahme zur Ermittlung der benötigten Leistungen beabsichtigt, da es sich hier um eine zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt handle. Diese Nachprüfbarkeit sei mit der durch die SPD geforderten Erweiterung jedoch nicht mehr gegeben. Er appelliere daher, den Änderungsantrag zurückzuziehen. Sollte sich zeigen, dass der geplante Ansatz nicht ausreiche, sei eine nachträgliche Aufstockung im nächsten Haushalt immer noch möglich. Zunächst müsse jedoch die Funktionalität dieses Systems abgewartet werden.

Nachdem zwischen Herrn Ender und Herrn Neumann kurz mögliche Deckungsvorschläge diskutiert wurden, machte Frau Will erneut darauf aufmerksam, dass mit dem Änderungsantrag lediglich die Gleichbehandlung der Kinder aller Klassenstufen bewirkt werden solle. Die Erhöhung der Summe um 10.000 € halte sie vor diesem Hintergrund für verkraftbar.

Herr Möhle hielt den Antrag für populistisch. Sollte mit dem Änderungsantrag tatsächlich alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden, reiche die Summe von zusätzlichen 10.000 € nicht aus.

Der um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ergänzte Antrag des Stadtelterrates

*„Der Schulausschuss der Stadt Wilhelmshaven fordert den Rat der Stadt auf, für den Haushalt 2008 und 2009 Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen für die Unterstützung von **Kindern auf allgemein bildenden Schulen in den Klassen 1-10** für die Bereitstellung von „Schul- und Lernmaterial“ im Wert von bis zu 60 Euro pro Schuljahr. Voraussetzung für eine Förderung ist der Leistungsempfang der Erziehung- bzw. Unterhaltsberechtigten des Kindes nach dem Arbeitslosengeld II (SBG II), Grundsicherung (SBG XII), Asylbewerberleistungsgesetz sowie besondere Bedürftigkeit.“*

wurde anschließend zur Abstimmung gestellt.

Er wurde bei 23 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Menzel, Gruppe BASU/Tholen, LAW und NPD) und 21 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **mehrheitlich angenommen**.

7.1.2 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Hauptschule Bremer Straße

Herr Möhle brachte einen gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen, die Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Hauptschule Bremer Straße.“

Frau Will signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion und erinnerte in diesem Zusammenhang an das von ihrer Fraktion in Niedersachsen geforderte Ganztagschulkonzept. Der vorliegende Antrag könne aufgrund des zunächst eingeschränkten Angebotes nur als Übergangslösung angesehen werden.

Herr Möhle erklärte daraufhin die Gründe für das nunmehr beantragte eingeschränkte Ganztagsangebot.

Herr Prof. Reuter zeigte sich zuversichtlich, dass für die Folgejahre dieses Projektes seitens des Landes zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt würden. Hier wolle er das ehrenamtliche Engagement der Lehrkräfte loben, mit dem dieses Angebot erst habe zustande kommen können.

Herr Tholen verlieh seiner Befürchtung Ausdruck, dass bei der Förderung dieses Projektes die Mittel an anderer Stelle, wie zum Beispiel an der IGS, gekürzt würden.

Der Antrag wurde mehrheitlich, bei einer Gegenstimme von Herrn Tholen, angenommen.

7.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung einer Produktionsschule an den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße

Herr Möhle brachte einen weiteren gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit nachfolgender Begründung ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen, die Einrichtung einer Produktionsschule an den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße.“

Zwischen Herr Hartmann, Frau Will und Herrn Dr. von Teichman wurde kurz das Konzept und die möglichen Ziele dieser Einrichtung diskutiert.

Dem Antrag wurde in der anschließenden Abstimmung **einstimmig bei Enthaltung von Herrn Tholen angenommen.**

7.2 Werksausschuss Entsorgungsbetriebe (Ratsherr Gabriels)

7.2.1 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 09.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2008 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der **vorgesehenen Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitions-förderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **6.744.600,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **0,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

7.3 Werksausschuss Städtische Datenverarbeitung

7.3.1 Wirtschaftsplan 2008 der SDW

Herr Sager trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Städtische Datenverarbeitung vom 02.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 der SDW wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

7.4 Werksausschuss Straße und Grün

7.4.1 Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß u. räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven i.d. Fassung vom 11.12.2002

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 11.12.2002“

7.4.2 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungssatzung) vom 16.10.1985 i.d. Fassung vom 13.12.2006

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven vom 16.10.1985 in der Fassung vom 13.12.2006.“

7.4.3 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass dieser Gebührenerhöhung viele Jahre gleich bleibender Beiträge vorausgegangen seien.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dieser Schritt belaste den einzelnen Bürger dennoch mit einem höheren Beitrag. Darüber verließ er seinem Missfallen Ausdruck.

Herr Ender erklärte, die BASU-Fraktion werde den Beschlussvorschlag ablehnen. Auch eine vordergründig unerhebliche Anhebung der Gebühren bedeute für viele Bürger eine Mehrbelastung.

Außerdem könne er nicht nachvollziehen, dass trotz Unterdeckung und Gebührenerhöhungen weiterhin Beförderungen in diesem Bereich vorgenommen würden. Hier fehle seines Erachtens die erforderliche Gerechtigkeit.

Herr Weerda wies die Vermutung zurück, die Unterdeckung könne auf die Bezahlung

der Mitarbeiter zurückgeführt werden. Die durch die Straßenreinigung entstehenden Kosten müssten gedeckt werden und dies geschehe nun einmal durch die Reinigungsgebühren.

Herr Ender hielt dem entgegen, dass auch die höheren Kosten für Beförderungen in den Wirtschaftsplan einfließen, die damit die Unterdeckung weiter erhöhten. Damit sei für ihn sehr wohl ein Zusammenhang hergestellt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die „Satzung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005.

Die resultierenden Unterdeckungen für 2008 und 2009 trägt der Eigenbetrieb „Straße und Grün“.

7.4.4 Neufassung der Friedhofssatzung

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 14.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven für die städtischen Friedhöfe vom 15.06.1988.

7.4.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

7.4.6 Wirtschaftsplan 2008 SGW

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 18.10.2007 vor.

Herr Kottek informierte auf Nachfrage von Herrn Dr. Schadewaldt, dass die Ausgaben für das Radwegeverkehrskonzept in Höhe von 30.000 € bereits in den Wirtschaftsplan eingearbeitet worden seien.

Herr Felbier trug folgenden **Änderungsantrag** der Fraktion CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor und begründete diesen anschließend:

„Folgende Ausgaben sollen in den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven für das Jahr 2008 aufgenommen werden:

Zweckgebundener, einmaliger Investitionskostenzuschuss an den Förderverein „Gemeinschaftsplatz Rüstersiel“ in Höhe von 10.000 €.“

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion und bat gleichzeitig, dem Bauausschuss als zuständigem Ausschuss die Planungen vorzulegen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, auch die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Dennoch bitte er, vor Durchführung der Maßnahmen über die weiteren Details aufzuklären.

Der Änderungsantrag wurde bei 1 Gegenstimme von Herrn Tholen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung **inklusive der beantragten Änderungen** beschlossen.

Sollten sich aus Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 28.11.2007 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 704.559 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

7.5 Werksausschuss Grundstücke und Gebäude

7.5.1 Überleitung des Hausmeister - und Reinigungsdienstes in den Eigenbetrieb GGS

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 08.11.2007 vor.

Auf Nachfragen seitens der Herren Ender, Tjaden und Janssen bekräftigte Herr Stoffers, dass auch nach der Überleitung die Stadt Dienstherr bleibe und daher weder die bestehenden noch neue Verträge bei Einstellungen verändert würden. Es handele sich hier lediglich um eine organisatorische und damit interne Änderung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Überleitung des Hausmeister – und Reinigungsdienstes in den Eigenbetrieb GGS wird zum 01.01.2008 zugestimmt.

7.5.2 Weiterführung des Modells Public Private Partnership (PPP)

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 08.11.2007 vor.

Herr Radmer brachte einen **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** mit anschließender Begründung ein:

„Seite 2, 1. Satz ist wie folgt zu ändern:

Die Federführung bei der Bearbeitung liegt bei der GGS. Ziel zur Fertigstellung der vorgenannten Unterlagen ist Mitte 2008.“

Herr Neumann erklärte, seine Fraktion werde sowohl dem Beschlussvorschlag als auch dem Antrag zustimmen. Die SPD-Fraktion sei darüber hinaus am Erfolg dieses Konzeptes nicht ganz unbeteiligt; sie habe schließlich mit Hilfe des Contracting-Programmes als einer Art Vorläufer des ppp-Modells in städtischen Gebäuden umfangreiche Energiesparmaßnahmen erwirken können.

Im Zusammenhang mit der Weiterführung dieses Modells bitte er jedoch, zunächst den tatsächlichen Bedarf an Gebäuden zu ermitteln, die dafür in Frage kämen.

Herr Dr. von Teichman wies zunächst darauf hin, dass der **Änderungsantrag** die Formulierung **„so schnell wie möglich“** statt des festgelegten Zeitpunktes enthalten müsse.

Im Folgenden bezeichnete er die Fortführung des Modells als einen weiteren Schritt in die richtige Richtung, um die Ausgaben weiter zu reduzieren. Auch wenn gerade die Umstrukturierung der Schullandschaft in der Stadt als wichtigster Aspekt im Zusammenhang mit dem „ppp“ noch nicht abgeschlossen sei, so könne das bisher Erreichte dennoch bereits als Erfolg angesehen werden. Er zeige sich zuversichtlich, dass hier das ppp-Modell zügig umgesetzt werden könne.

Herr Neumann hielt dem entgegen, die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag aus dem Grunde zu, da von dort kein anderer Weg für die Finanzierung der Bauunterhaltung der Schulen gesehen werde. Eine regelrechte Einsparmöglichkeit sei aber nicht erkennbar.

Herr Janssen verlieh seiner Skepsis gegenüber einem ppp-Modell Ausdruck. Er selbst halte es für sinnvoller, ein Konzept für die schrittweise Sanierung der Schulen durch den Eigenbetrieb selbst erstellen zu lassen.

In Beantwortung einiger Nachfragen seitens Herrn Janssen erläuterte Herr Hoff, dass laut Ratsbeschluss eine Überleitung in die Privatisierung sozialverträglich gestaltet werden solle. Die tatsächliche Ausgestaltung werde in einem entsprechenden Beschlussvorschlag dem Rat vorgestellt. Die letzte

Durchführung liege beim jeweiligen Betreiber, der durch Vertragscontrolling wiederum in Abhängigkeit zum Auftraggeber stehe. Dabei müsse dann eine flexible Anpassung an zukünftige Entwicklungen sichergestellt werden. Da die detaillierte Ausgestaltung wiederum abhängig von weiteren Ratsentscheidungen sei, könne ein genauer Zeitpunkt noch gar nicht genannt werden.

Herr Weerda bat, zunächst das Ergebnis des Modellversuchs abzuwarten und nach dessen Abschluss bei Vorliegen entsprechender Ergebnisse in die inhaltliche Diskussion einzusteigen.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass sich ppp-Modelle in anderen Bundesländern und selbst in der Stadt in anderen Projekten bereits als rentabel herausgestellt hätten. In diesem Zusammenhang verweise er auch auf die Machbarkeitsstudie, welche Effizienzsteigerungen in nicht unerheblichem Maße prognostiziert habe. Bei der großen Zahl der städtischen Gebäude und dem mittlerweile vorhandenen Investitionsstau sei die Zuhilfenahme privater Unternehmen unumgänglich. Er appelliere, die sich hier bietende Chance zu nutzen.

Herr Kempcke verdeutlichte die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit für die Ausweitung des ppp-Modells. Besonders wichtig sei dabei jedoch für den Rat ein größtmögliches Maß an Einflussmöglichkeit und Transparenz der Prozesse.

Herr Prof. Reuter verlieh seiner Verwunderung über die geführte Diskussion Ausdruck. Mit dem heutigen Beschluss gehe es zunächst um die erste Phase eines ganzen Prozesses, der anderenfalls gar nicht erst in Gang gesetzt werden bräuchte. Nicht zuletzt könnten mit dieser Alternative zur bisherigen Bauunterhaltung weitere Kosteneinsparungen erzielt werden.

Herr Tjaden hieß das ppp-Modell generell gut, warnte jedoch vor Pauschalierungen. Es müsse vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden, ob der Einsatz sinnvoll sei.

Herr Ender machte Bedenken gegenüber diesem Modell geltend. Seines Erachtens gebe der Rat dabei zuviel Entscheidungsfreiheit aus der Hand.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (*inklusive der beantragten Änderung*)

Auf Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie von BBD Berliner Beratungsdienste vom 21. Februar 2007, sowie der zusammen mit der Machbarkeitsstudie verteilten Anmerkungen und Analyse aus der Verwaltung, wird die Weiterführung des PPP-Modells in der Variante als ganzheitlicher Ansatz beschlossen.

Mit dieser Entscheidung wird die Phase 1 zur weiteren Bearbeitung freigegeben.

Phase 1: Entscheidungsfindung und Vorbereitung einer Ausschreibung mit folgenden konkreten Inhalten:

- Erstellen eines Zielkataloges und Festlegung von Anforderungen an die zukünftige Struktur
- Strukturierte Aufnahme der Liegenschaften
- Aufnahme der Ist-Situation
- Definition der geforderten Leistungen und des Leistungsstandards
- Entscheidung über die zukünftige Zuordnung von Risiken

- Erarbeitung von Konzepten für die Gestaltung der Partnerschaft mit dem Auftragnehmer
- Erstellung von Informationsunterlagen
- Erstellen einer Ausschreibung
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Federführung der Bearbeitung liegt bei GGS. Ziel zur Fertigstellung der vorgenannten Unterlagen ist ~~Mitte / Ende 2008~~ **so schnell wie möglich** (auf Antrag der FDP-Fraktion).

Vor Beginn der folgenden Phasen und Versand der Ausschreibung sind weitere entsprechende Gremienbeschlüsse einzuholen:

- Phase 2: Teilnahmewettbewerb
- Phase 3: Einholung indikativer Angebote
- Phase 4: Einholung endgültiger Angebote
- Phase 5: Vertragsverhandlungen
- Phase 6: Durchführung
- Phase 7: Abschluss.

7.5.3 Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebs GGS

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 16.11.2007 vor.

Herr Hoff ergänzte, dass entgegen dem Beschlussvorschlag aufgrund der soeben beschlossenen Anträge der Kooperation („Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Hauptschule Bremer Straße“ und „Einrichtung einer Produktionsschule an den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße“) dennoch Kreditaufnahmen erforderlich geworden seien: Zum einen in Höhe von 340.000,- für die Einrichtung der offenen Ganztagschule, zum anderen in Höhe von 300.000,- € für die Einrichtung der Produktionsschule.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung inklusive der ergänzenden Änderungsliste beschlossen.

Kreditaufnahmen für Investitionen sind nicht vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.570.000 € festgesetzt.

7.6 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

7.6.1 Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Herr Dr. von Teichman **beantragte** für die Kooperation aus CDU, FDP und Grünen, den Wirtschaftsplan dahingehend zu ändern, dass nicht ein Teil der Haushaltsmittel in das Referat für Wirtschaft und Regionalmanagement fließt, sondern die volle Summe des Wirtschaftsplanes bei der Wirtschaftsförderung belassen werde.

Ein **weiterer Antrag** lautete, dass die laut Änderungsliste für das Überregionale Standortmanagement zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 100.000,- € mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten, der durch den Verwaltungsausschuss aufzuheben sei.

Auf Bitten von Herr Prof. Reuter wurde die **Sitzung von 16.05 Uhr bis 16.15 Uhr unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Herr Dr. von Teichman ergänzend zum ersten Antrag, dass dem Referat die benötigten Mittel oder Leistungen aus dem Wirtschaftsplan der WFG zur Verfügung zu stellen seien.

Oberbürgermeister Menzel verdeutlichte anschließend die Gründe, die die Bildung dieses Referates haben nötig werden lassen und bestätigte die Notwendigkeit eines Sperrvermerkes.

Zwischen Herrn Neumann und Herrn Prof. Reuter wurde daraufhin kurz die Intention der Rückführung der Haushaltsmittel aus dem neuen Referat zur Wirtschaftsförderung diskutiert.

Die folgende **Abstimmung** über die beiden Anträge in umgekehrter Reihenfolge ergab folgendes Ergebnis:

Der 2. Antrag auf Einrichtung eines Sperrvermerkes wurde einstimmig angenommen.

Der 1. Antrag auf Rückübertragung der Haushaltsmittel aus dem Referat für Wirtschaft und Regionalmanagement in den Wirtschaftsplan der WFG wurde bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung ***inklusive der beantragten Änderungen*** genehmigt.

7.6.2 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 3.973.470 € wird zugestimmt.

Der Verlust ist aufgrund des bestehenden Ergebnis-abführungsvertrages durch die WTF Stadtwerke GmbH auszugleichen.

7.6.3 Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Zwischen den Herren Prof. Reuter, Hoff und Neumann wurden kurz die Zahlen für die mittelfristige Erfolgsplanung der Gesellschaft diskutiert.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.208.720 € wird zugestimmt.

Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

7.6.4 Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH, mit einem ausgewiesenen städtischen Zuschuss in Höhe von 464.600 €, wird zugestimmt.

7.6.5 Haushaltssatzung 2008

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.11.2007 vor.

Herr Hoff informierte über die aktuellsten Änderungen im Haushalt:

- Im Ergebnishaushalt wiederholen sich die 250.000 € Mehrausgaben bei „Hilfen zur Erziehung“,
- Im Finanzausgleich könne aufgrund steigender Grundbeträge für 2008 von einer Mehreinnahme von 290.000 € ausgegangen werden.

Dies bedeute, ohne die übrigen beantragten Änderungen, einen Überschuss im Ergebnishaushalt von insgesamt 1.950.700 € für die Jahre ab 2011 in der Finanzplanung. Für das Jahr 2008 bedeute dies einen Abschluss mit einem Defizit von rund 3,4 Mio. €.

- Durch die oben genannte Mehreinnahme werde auch der Finanzhaushalt betroffen; das Defizit belaufe sich hier für 2008 damit auf 634.500 €. Dies wiederum führe zu einem Überschuss in der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 320.000 €, der die Grundlage für eine Rücklage bilden könnte.

Eine aktuelle Änderliste werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schmidt erläuterte daraufhin das weitere Verfahren und verwies auf den vorliegenden Ablaufplan zum Haushalt. Dieser wurde in der vorgegebenen Reihenfolge abgearbeitet:

Ziff. 1 Gesamtergebnisplan / Gesamtfinanzplan

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Ziff. 2 Teilhaushalte nach Dezernenten inkl. neuer Zuschussanträge, Änderungslisten und Teilstellenpläne

→ Dezernat I

Herr Felbier brachte folgenden **Änderungsantrag** der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit nachfolgender Begründung ein:

„Der Rat möge beschließen: „Radio Jade“ wird 2008 ein einmaliger Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.000 € gewährt.“

Oberbürgermeister Menzel erklärte kurz, dass die Stadt entgegen der Darstellung in der Begründung dem Sender auch in der Vergangenheit bereits Unterstützung habe zukommen lassen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Gewährung eines einmaligen Betriebskostenzuschusses wurde einstimmig angenommen.

Herr Neumann brachte einen **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion ein und begründete diesen anschließend kurz:

„Der Oberbürgermeister möge darauf hinwirken, dass beim Regionalen Standortmanagement ein Ausbildungsplatzbüro eingerichtet werde.“

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde bei zwei Gegenstimmen (Frau Bauermeister, Herr Dr. von Teichman) mehrheitlich angenommen.

Herr Tjaden bat abschließend, die für die Erhöhung der Aufwandsentschädigung vorgehaltene Summe unter einen Sperrvermerk zu stellen, bis der einwandfreie Betrieb des Ratsinformationssystem sichergestellt und entsprechende Einsparungen erzielt worden seien.

→ **Dezernat II**

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

→ **Dezernat III**

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

→ **Dezernat IV**

Herr Biehl trug einen **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor und begründete diesen anschließend:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven unterstützt die integrative Arbeit des Jade-Box-Ringes mit einem Zuschuss in Höhe von 5.000 €.“

Herr Dr. Gaul ergänzte, der Sportausschuss begleite das sportpolitische Engagement des Vereins bereits seit geraumer Zeit sehr intensiv. Aufgrund der positiven Aspekte dieser Arbeit werde das Projekt auch seitens der Verwaltung aus den Haushaltsmitteln unterstützt. Ein Antrag auf gesonderte Mittelbereitstellung sei daher nicht erforderlich.

Herr Barkowsky unterstützte die Aussage von Herrn Dr. Gaul. Gleichwohl müsse der Jade-Box-Ring vermehrt selbst aktiv werden und entsprechende Anträge zur Beantragung der Mittel aus dem Programm „Jugend und Sport“ stellen.

Über den Antrag wurde nicht gesondert abgestimmt, da hier Haushaltsmittel bereits eingeplant sind.

→ **Dezernat V**

Wortmeldungen oder Anträge lagen nicht vor.

Ziff. 3 Stellenplanunterlagen 2008

Herr Ender merkte an, seine Gruppe werde den Stellenplan nicht mittragen.

Ziff. 4 Investitionsprogramm 2008 – 2011

Frau Klee trug folgenden **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion mit nachfolgender Begründung vor:

*„Die CDU-Fraktion im Rats der Stadt Wilhelmshaven beantragt die in der Änderungsliste Finanzhaushalt 2008-2011 gestrichene Position 12 – Produkt 54.10.05 wieder einzusetzen mit der
VE Straßenbaukosten 200.000 Euro
VE Kanalbaukosten 270.000 Euro
im Haushalt 2008
mit der Auszahlung je zur Hälfte in 2009 und 2010.“*

Herr Barkowsky signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion. Zwar sei die Verdichtung der Innenstadt angestrebt, doch den Bürgerinnen und Bürgern solle es ebenso ermöglicht werden, sich im ländlichen Bereich neu anzusiedeln.

Herr Dr. von Teichman appellierte, auch weiterhin dem ursprünglichen Ratsbeschluss zur Verdichtung der Innenstadt zu folgen. Die möglichen Konsequenzen eines Durchbruches dieses Beschlusses für die demographische Entwicklung der Stadt dürften hier nicht außer Acht gelassen werden.

Oberbürgermeister Menzel mahnte, der Rat setze bei Zustimmung zu diesem Beschluss ein falsches Zeichen und gefährde damit die in der Stadt ausgewiesenen Baugebiete. Darüber hinaus stehe zu befürchten, dass die Intention des Antrages nicht in die Realität umgesetzt werden könne. Er verlieh weiter seiner Verwunderung über die heutige Zustimmung Ausdruck, zumal dieser Antrag noch in der Vorbereitung einmütig abgelehnt worden sei.

Herr Schmidt erklärte, es müsse jedoch auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Bürger auch in ländlichen Bereichen wohnen wollen. Am Prinzip, die Innenstadt weiter zu verdichten, ändere dies jedoch nichts. Seiner Meinung nach gefährde dieser Antrag das Vorhaben nicht.

Herr Biehl machte auf die Nachteile einer Ausweitung des Stadtgebietes aufmerksam. Auch diese Gebiete müssten mittels Infrastruktur an die Innenstadt angebunden werden, was wiederum nicht unerhebliche Kosten verursache. Somit seien vorrangig die Baugebiete im Innenstadtbereich weiter zu entwickeln. Zwar dürfte auch die Außenbezirke der Stadt nicht außer Acht gelassen werden, doch halte er es für nicht sinnvoll, diesem Problem in Form des Antrages entgegen treten zu wollen. Seine Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Adam appellierte für eine bessere Abstimmung zwischen Rat und Ortsrat, um derartige Diskussionen wie in dieser Angelegenheit zu vermeiden. Im übrigen müsse auch den Ortsrat als eine vom Rat gewollte Institution entsprechendes Gehör verschafft werden. So halte er es für angemessen, mit der Zustimmung zu diesem Antrag auch den Belangen der Randgebiete Beachtung zu schenken.

Herr Dr. Schadewaldt zeigte sich skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Er bitte, den Antrag zurückzuziehen, um ausreichend Vorbereitungszeit zur Erarbeitung eines umfassenden und schlüssigen Konzeptes zu erlangen.

Oberbürgermeister Menzel verlieh seiner Befürchtung Ausdruck, dass es zu einer weiteren Ausdehnung dieses Gebietes kommen könnte und damit nicht mehr ausreichend Ressourcen für die Innenstadt zur Verfügung stünden.

Herr Janssen stimmte dem Vorschlag zu, die Entscheidung zurückzustellen.

Herr Radmer erklärte, im Rahmen des Stadtumbau West, an dem auch die Bürger beteiligt waren, sei der Beschluss gefasst worden, die Innenstadt zu stärken. Aus diesem Grunde verwundere ihn der vorgelegte Antrag. Im Übrigen stimme er Herrn Dr. Schadewaldt zu, die Entscheidung zu vertagen und zu einem späteren Zeitpunkt nach ausreichender Vorbereitungszeit erneut zu beraten.

In der nachfolgenden Abstimmung wurde der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** bei Gegenstimmen von FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Oberbürgermeister Menzel **mehrheitlich angenommen**.

Ziff. 5 Übersichten

Wortbeiträge oder Anträge lagen nicht vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 einschließlich des Haushaltsplanes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

8 Kleine Anfragen

8.1 Kleine Anfrage von Ratsherrn Janssen zur Vermittlung von älteren Arbeitslosen und "1€-Jobbern"

Herr Janssen trug folgende Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Wievielen älteren Arbeitslosen über 50 Jahre konnte in diesem Jahr bis Anfang November eine Arbeit vermittelt werden? Wieviele davon hatten einen Behindertenausweis?“

„Wieviele sogenannte „Ein-Euro-Jobber“ arbeiten in Wilhelmshaven? Wo arbeiten sie, bitte mit Benennung der Anzahl und der Betriebe.“

„2% der sogenannten „Ein-Euro-Jobber“ erreichten bundesweit das Ziel, in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Wieviele Prozent waren es in WHV?“

Herr Stoffers beantwortete die Anfrage wie folgt:

„Frage 1:

Abgänge aus Arbeitslosigkeit insgesamt	1.425 Personen
davon in Erwerbstätigkeit	324 Personen
davon in Ausbildung	155 Personen
davon in Nichterwerbstätigkeit	666 Personen
davon keine Angaben	280 Personen

darunter

Abgänge Schwerbehinderte (soweit diese Angabe verfügbar)

Abgänge aus Arbeitslosigkeit insgesamt	150 Personen
davon in Erwerbstätigkeit	13 Personen
davon in Ausbildung	12 Personen
davon in Nichterwerbstätigkeit	90 Personen
davon keine Angaben	35 Personen

Frage 2:

Angaben zu den Betrieben der Mehraufwandsvariante können nicht gemacht werden, da diese statistisch nicht verfügbar sind; stattdessen sind die Träger der Maßnahmen angegeben.

Bestand an Personen	641
davon bei öffentlich-rechtlichen Trägern	149
davon bei gemeinnützigen Trägern	380
davon privatwirtschaftliche Träger	84
davon keine Angabe	28

Frage 3:

Im Zeitraum April 2006 bis März 2007 sind

1.032 Personen aus 1-€-Jobs ausgeschieden;

davon waren 149 Personen (14,4 %) nach Ablauf des 6. Monats nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt

davon waren 642 Personen (63,0 %) nach Ablauf des 6. Monats nach Austritt aus der Maßnahme nicht mehr arbeitslos gemeldet. Gründe dafür können unter anderem Übertritt in die Selbständigkeit, Rückkehr in die Familie oder eingetretener Rentenbezug sein.

Der noch verbleibende Personenkreis ist dann wieder arbeitslos gemeldet.“

9 Bekanntgabe von Nachbewilligungen nach § 89 NGO durch den Oberbürgermeister

Folgende Nachbewilligung wurde durch Oberbürgermeister Menzel bekannt gegeben:

<u>Produkt</u>	<u>Sachkonto</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>
11.14.04	443191	Geschäftsaufwendungen für die Prüfung der Jahresrechnung	20.000 €

Der Rat nahm die bekannt gegebene Nachbewilligung zur Kenntnis.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin